



Stephanie Zloch

Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft.
Migration und Bildung in Deutschland 1945–2000
(Moderne europäische Geschichte, Bd. 22)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
676 Seiten, gebunden | 54,00 €
ISBN 978-3-8353-5491-3

Open Access: <https://doi.org/10.46500/83535491>
ISBN 978-3-8353-8017-2

rezensiert von

Jens Gründler, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster

Stephanie Zloch spürt in ihrer Dresdner Habilitationsschrift »Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft« einer Reihe ganz grundsätzlicher Fragen nach, die um das Verhältnis von Bildung und Migration in Deutschland zwischen 1945 und der Gegenwart kreisen. Sie nimmt dabei neuere Forschungen zur Zirkulation von Wissen als Ausgangspunkt, um einerseits nach Transfer- und Wandlungsprozessen von Wissen zu fragen, die durch Migrationsprozesse initiiert wurden. Andererseits fragt sie wie und warum Wissensbestände von Migrant:innen anerkannt wurden. Dabei arbeitet die Autorin mit einem dynamischen Konzept von Wissen, das sowohl die Wissensbestände selbst als auch die Orte und Praktiken ihrer Herstellung umfasst.

Diese Dynamik analysiert Zloch auf drei verschiedenen Ebenen. Erstens nimmt sie die bildungspolitischen Akteur:innen in Ministerien, Schulverwaltungen und Behörden in den Blick, untersucht zum Beispiel Lehrpläne und Integrationskonzepte. Zweitens untersucht sie das Wirken pädagogischer und sozialwissenschaftlicher Expert:innen, um deren Leitbilder und Diskurse über Migration, Integration und Sprachförderung zu evaluieren. Und drittens beleuchtet sie das selbstorganisierte Wissen von Migrant:innen, wie es im Alltag oder in den Familien, aber auch in politischen Diskursen genutzt wurde.

Der für zeithistorische Forschungsarbeiten eher lang angelegte Untersuchungszeitraum geht einher mit einer großen Bandbreite der von Zloch in den Blick genommenen Migrationsbewegungen: Vertriebene, »Displaced Persons«, Um- und Ausgesiedelte sowie politische Flüchtlinge, aber auch die Arbeitsmigrant:innen, die seit den 1970er-Jahren in Bildungskontexten immer mehr Aufmerksamkeit erfuhren, und die sogenannten Spätaussiedler sind unter den Akteursgruppen, deren Rolle in den genannten Prozessen Zloch nachgeht. Die Breite der Untersuchung wird auch darin deutlich, dass als Fallbeispiele die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen sowie für den Systemvergleich auch noch das heutige Bundesland Sachsen gewählt werden. Im föderalen System der Bundesrepublik folgten die

genannten Länder jeweils unterschiedlichen bildungspolitischen Entwicklungspfaden, waren verschiedenartigen politischen Spannungsverhältnissen ausgesetzt und verfolgten teils auch divergierende pädagogische Ideen.

Um den langen Untersuchungszeitraum operationalisierbar zu machen, wählt Zloch eine thematische Einschränkung: Sie analysiert Schule und Bildung und fokussiert dabei insbesondere auf das Gymnasium als höhere allgemeinbildende Schule. Realschulen und Volks- bzw. Hauptschulen lässt sie dagegen außen vor. In die Analyse fließen Diskurse und Praktiken von Politik, Schulverwaltung, Lehrer:innen und sogar Arbeitsämtern ein, es geraten aber auch nichtstaatliche Akteur:innen in den Blick, etwa Schüler:innen und Eltern mitsamt ihren Interessenvertretungen und Lobbyorganisationen. Des Weiteren legt die Autorin einen Schwerpunkt auf den Unterricht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Die Arbeit ist in zwei chronologisch angelegte Hauptkapitel unterteilt, in denen Zloch in Anlehnung an das Konzept der Zeitbögen von Anselm Doering-Manteuffel¹ zwei überlappende, miteinander verflochtene und verzahnte Phasen der deutschen Nachkriegsgeschichte entwirft. Im ersten Hauptkapitel »Wissen im Kalten Krieg« behandelt sie die Phase der 1950er- und 1960er-Jahre unter dem Signum der Systemkonkurrenz vor der Zeit der Entspannungspolitik. In der Bundesrepublik machten zu Beginn der 1950er-Jahre die Kinder der Heimatvertriebenen, der Um- und Ausgesiedelten sowie der Flüchtlinge aus der DDR das Gros der Migrant:innen aus. Zur DDR dienen Zloch die Kinder politischer Aktivist:innen aus Korea und Griechenland als Fallbeispiele. An diesen Migrant:innen entfaltet Zloch ein Panorama von Bildungsstrukturen und -praktiken, die bei all ihrer Vielfalt doch von ähnlichen Herausforderungen geprägt waren. Vor allem bei Migrant:innen, die nicht aus der DDR oder aus ehemals deutschen Gebieten kamen, waren die Fremdsprachigkeit der Kinder, die Frage der Integration in deutsche Klassen versus »Nationalklassen«, die Ausbildung der Lehrer:innen für migrantische Kinder oder aber die Qualifikation migrantischer Lehrkräfte für den muttersprachlichen Unterricht wiederkehrende Probleme. Insbesondere die fehlenden Deutschkenntnisse der Kinder und Jugendlichen, die Zloch konstatiert, führten auch in der Bundesrepublik in dieser Phase dazu, dass der Unterricht angepasst werden musste – denn selbst die Kinder der »Aussiedler«, die in Mittel- und Osteuropa geboren und aufgewachsen waren, mussten häufig vor dem Schulbesuch erst noch deutsche Sprachkenntnisse erwerben. Dagegen standen bei den Jugendlichen, die aus der DDR geflüchtet waren, Fragen der Berufsausbildung im Fokus.

Der Problematik des Sprachunterrichts kommt auch im zweiten Hauptkapitel »Wissen im gesellschaftlichen Konflikt« ein zentraler Stellenwert zu. Durch die Neuorientierung der Integrations- und Migrationspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren auf die sich verstetigende Arbeitsmigration mitsamt Familiennachzug aus dem süd- und südöstlichen Europa und der Türkei sowie auf politische Flüchtlinge und »Spätaussiedler« wurden diese Herausforderungen jedoch neu konturiert. Spätestens mit dem Anwerbestopp 1973 und der damit verbundenen dauerhaften Niederlassung von Migrant:innen an ihren neuen Lebensmittelpunkten in der Bundesrepublik wurde die Frage der Schulbildung migrantischer Kinder einerseits für deutsche Schulverwaltungen, Pädagog:innen und Lehrkräfte relevant, andererseits aber auch für migrantische Eltern. Zloch kann hier mit dem muttersprachlichen Unterricht, mit migrantischen Vorschulklassen und mit dem Problem der Sonderbeschulung migrantischer Kinder zahlreiche Konfliktfelder aufzeigen. So drehten sich die Auseinandersetzungen um Unterrichtsinhalte in den muttersprachlichen Klassen häufig um den Zielkonflikt, ob man die Kinder auf die Rückkehr in ihre Herkunftsländer vorbereiten oder ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft stärker gewichten sollte. Dieser grundlegende Konflikt war im schulischen Alltag vielfach gespiegelt, wenn etwa Eltern, migrantische Lehrkräfte und Schulverwaltungen oder gar konsularische Vertretungen der Herkunftsländer unterschiedliche Vorstellungen davon pflegten, welche Wissensbestände im Unterricht vermittelt werden sollten.

¹ Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62, 2014, S. 321–348.

Ein an die beiden Hauptkapitel anschließendes kurzes Kapitel befasst sich mit der Pluralisierung der Wissensräume in den 1990er-Jahren. Hier konstatiert Zloch, dass zum einen Migration, Herkunftsländer und gesellschaftliche Diversität zunehmend Raum in Schulbüchern erhielten und damit neue Wissensbestände produziert wurden. Zum anderen verstärkten migrantische Organisationen und Elternvereine ihre öffentlichen Interventionen und beeinflussten damit noch mehr als zuvor Debatten und Wissensproduktion. Schließlich professionalisierten sich auch die konfessionellen und weltlichen Wohlfahrtsträger im Feld der Integrationspolitik und produzierten dabei praxisnahes Wissen über die Schulbildung migrantischer Kinder.

Zloch vermittelt in ihrer Studie zahlreiche Einsichten in den Zusammenhang von Bildung und Migration. Sie zeigt auf, dass jeder neue Migrationsprozess in den Ministerien und Schulverwaltungen die Produktion neuer Wissensbestände auslöste. In der Nachkriegszeit waren die Verwaltungen besonders herausgefordert, weil sie Migration als neuartiges Massenphänomen wahrnahmen. Allerdings konnten auch noch in den 1970er- und 1980er-Jahren nicht einfach Wissensbestände abgerufen und aktualisiert werden, sondern diese mussten stets neu produziert werden. Die Kinder von Arbeitsmigrant:innen aus den Ländern Südeuropas inklusive der Türkei, von Flüchtlingen aus der DDR und von »Spätaussiedlern« stellten die Verwaltungen vor je spezifische bildungspolitische Herausforderungen, bei denen das bereits existierende Verwaltungswissen nur wenig modernisierungsfähig war. Das erscheint angesichts der Diversität der von Zloch betrachteten Gruppen allerdings nicht weiter verwunderlich. Kritisch wäre daher anzumerken, dass die breite, stellenweise mäandernde Anlage der Studie es zwar ermöglicht, zahlreiche wissenshistorische Perspektiven auf Migrationsphänomene im Feld von Schule und Bildung fruchtbar miteinander zu verbinden. Gleichzeitig zwingt dieses Vorgehen aber dazu, mit geringerer Tiefenschärfe zu forschen.

Diese kritische Anmerkung sollte jedoch eher als Aufforderung verstanden werden, die historische Forschung zum Zusammenhang von (Schul-)Bildung und Migration noch weiter zu intensivieren. Künftige Projekte könnten als Vergleichsmöglichkeiten Volks- und Hauptschulen stärker berücksichtigen oder Studien zu Kindern von Arbeitsmigrant:innen erarbeiten, um die Reichweite von Zlochs Ergebnissen zu den höheren Schulen zu überprüfen. Die geäußerte Kritik soll also nicht davon ablenken, dass Stephanie Zloch eine konzise und umfassende Vermessung des Wissens in der Einwanderungsgesellschaft gelungen ist, die auf Jahre hinweg die Pfade der Forschung anleiten wird.

Zitierempfehlung

Jens Gründler, Rezension zu: Stephanie Zloch, Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Bildung in Deutschland 1945–2000, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82129.pdf>> [2.3.2026].